



STADT VREDEN

ZUSAMMENFASSENDE ERKLÄRUNG

**zur 1. ÄNDERUNG DES SACHLICHEN
TEILFLÄCHENNUTZUNGSPLANS WINDENERGIE
(Windpark Doemern-Höchte)**

Dem wirksamen Flächennutzungsplan ist gem. § 6a BauGB eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Flächennutzungsplan berücksichtigt wurden, und über die Gründe, aus denen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde.

1 Anlass und Erforderlichkeit

Die Stadt Vreden plant im Rahmen der 1. Änderung des Sachlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ ein Areal als Sondergebiet Windenergienutzung darzustellen. Es handelt sich dabei um ein aus zwei Teilflächen von 5,0 ha und 21,6 ha bestehendes Plangebiet, in dem von einer planenden Gesellschaft die Errichtung und der Betrieb von drei Windenergieanlagen (WEA) vorgesehen sind (Windpark Doemern-Höchte).

Der Bereich des Sondergebietes liegt im östlichen Stadtgebiet nahe der Stadtgrenze zu Ahaus und zu Stadtlohn und den Windenergiebereichen Ahaus 11 und Stadtlohn 1 des Regionalplanes Münsterland.

Um die vorgenannte Planung der örtlichen Betreibergesellschaft planungsrechtlich dauerhaft abzusichern, sieht die Stadt Vreden die Darstellung des Plangebietes als isolierte Positivplanung für Windenergieanlagen im Flächennutzungsplan vor und bezieht sich dazu auf § 249 (4) BauGB.

Hintergrund der vom Bau-, Planungs- und Umweltausschuss des Rates der Stadt Vreden in seiner Sitzung am 12.03.2024 und vom Rat der Stadt Vreden in seiner Sitzung am 13.02.2025 jeweils einstimmig beschlossenen Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Sachlichen Teilflächennutzungsplanes Windenergie zur zusätzlichen Ausweisung von Flächen zur Nutzung der Windenergie sind die in den vergangenen Jahren gesamtgesellschaftlich geführten Diskussionen um den weltweiten Klimawandel und den dagegen angestrebten Wechsel in der Energieversorgung hin zu regenerativen Energieformen sowie auch um die Sicherstellung der Versorgungssicherheit in Deutschland. Es ist der lokalpolitische Wille, auf dem Gebiet der Stadt Vreden weitere Flächen für die Nutzung durch Windenergieanlagen zuzulassen. Damit wird auf die zahlreichen gesetzlichen Änderungen auf Bundes- und Landesebene der vergangenen Jahre reagiert, die Planung und Betrieb von regenerativen Energieformen und damit auch der Windenergienutzung unterstützen (Erneuerbare-Energien-Gesetz, Baugesetzbuch, Raumordnungsgesetz, Bundesnaturschutzgesetz, Bundesimmissionsschutzgesetz).

2 Verfahren

Verfahrenseinleitende Beschlüsse und Beteiligungsverfahren

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss des Rates der Stadt Vreden hat in seiner Sitzung am 12.03.2024 dem Rat die Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Sachlichen Teilflächennutzungsplanes Windenergie empfohlen. Ziel der Planung war die zusätzliche Ausweisung von Flächen zur Nutzung der Windenergie durch Darstellung von Sonderbauflächen für die Windenergienutzung. Die Sonderbauflächen umfassten vier über das Stadtgebiet verteilte Bereiche (Doemern-Höchte, Lünten-Ammeloe, Wennewick und Crosewick-Nord).

Der Rat der Stadt Vreden folgte dem Empfehlungsbeschluss des Ausschusses und beschloss in seiner Sitzung am 13.02.2025, das Verfahren zur Änderung des Sachlichen Teilflächennutzungsplanes Windenergie einzuleiten (1. Änderung).

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 13.03.2025 beschlossen, das begonnene Änderungsverfahren des Sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie

mit Sondergebieten für die Windenergienutzung in Form separater Änderungsverfahren für jeden einzelnen Windpark fortzuführen und dem Rat dementsprechend den Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs der 1. Änderung des Sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie empfohlen.

Im Aufstellungsverfahren wurden folgende Beteiligungen durchgeführt:

Verfahrensschritt	Bekanntmachung/ Schreiben vom	Zeitraum
Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)	10.10.2024	21.10.2024 bis 06.12.2024
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und TÖB (§ 4 Abs. 1 BauGB)	16.10.2024	bis 06.12.2024
Beschränkung der 1. Änderung des Sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie auf die Flächen für den Windpark Doemern-Höchte		
Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)	27.05.2025	28.05.2025 bis 07.07.2025
Beteiligung der Behörden und TÖB (§ 4 Abs. 2 BauGB)	27.05.2025	bis 07.07.2025

Anpassung an die Ziele der Raumordnung

Die Regionalplanungsbehörde wurde mit Schreiben vom 18.03.2024 um eine raumordnungsrechtliche Stellungnahme nach § 34 Landesplanungsgesetz gebeten. Mit Schreiben vom 15.04.2024 hat die Bezirksregierung Münster mitgeteilt, dass gegen die geplanten Sonderbauflächen Wennewick, Crosewick-Nord, Lüntener Feld – Ammeloe und Doemern-Höchte keine raumordnerischen Bedenken erhoben werden.

Die Regionalplanungsbehörde wurde erneut mit Schreiben vom 28.05.2024 um eine raumordnungsrechtliche Stellungnahme für die auf das Projektgebiet Doemern-Höchte beschränkte Planung gebeten. Mit Schreiben vom 10.06.2025 hat die Bezirksregierung Münster mitgeteilt, dass gegen die beabsichtigte 1. Änderung des Sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie der Stadt Vreden zur Darstellung von Sondergebieten für die Windenergienutzung für den Windpark Doemern-Höchte keine raumordnungsrechtlichen Bedenken erhoben werden.

Verfahrensabschluss

Der Rat der Stadt Vreden hat am 01.10.2025 die Änderung des Geltungsbereichs der 1. Änderung des Sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie auf den Windpark Doemern-Höchte beschlossen. Die genauen Grundstücksbezeichnungen sind im Beschluss aufgeführt. Der Rat der Stadt Vreden hat darüber hinaus gem. § 3 Abs. 2 BauGB die fristgemäß vorgebrachten Anregungen geprüft und die 1. Änderung des Sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie in Kenntnis der Begründung beschlossen.

Die 1. Änderung des Sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie ist der Bezirksregierung Münster als höherer Verwaltungsbehörde gem. § 6 BauGB amzur Genehmigung vorgelegt worden.

Die Bezirksregierung Münster hat mit Schreiben vom die Genehmigung gem. § 6 BauGB erteilt.

Die Erteilung der Genehmigung ist am ortsüblich bekanntgemacht worden. Mit der Bekanntmachung wurde die 1. Änderung des Sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie gem. § 6 BauGB wirksam.

3 Umweltbelange

Es wurde eine Umweltprüfung durchgeführt. Der Änderung des Flächennutzungsplans ist ein Umweltbericht gem. § 2 BauGB beigelegt, der Bestandteil der Begründung (Kapitel 5) ist.

Im Rahmen der Umweltprüfung wurden die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet.

Der Umweltbericht zum Planvorhaben stellt die Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter Fläche, Boden, Wasser, Klima / Luft, Tiere, Pflanzen und Biologische Vielfalt, Landschaft, Mensch und menschliche Gesundheit sowie Kultur- und sonstige Sachgüter dar. Grundlage für seine Ausführungen sind die im Auftrag der Projektträger erarbeiteten Fachgutachten (Artenschutzfachbeitrag Brut- und Gastvögel, Landschaftspflegerischer Begleitplan).

Als Ergebnis der Umweltprüfung wird im Umweltbericht festgestellt, dass für die Schutzgüter Wasser, Klima und Luft, Mensch und menschliche Gesundheit sowie Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen, die künftig in dem Sondergebiet errichtet werden, zu erwarten sind.

Für das Schutzgut Boden ist in Kap. 5.3.2 dargestellt, dass die bau- und anlagebedingten Bodenveränderungen mit Beeinträchtigungen auf die Standort-, Puffer- und Filterfunktionen der Böden als dauerhafte und erhebliche Wirkungen einzustufen sind. Ihnen stehen durch den späteren Rückbau der Fundamente, der Zuwegungen und der Schotterflächen am Ende der Betriebsdauer der geplanten Anlagen zwar Entsiegelungen entgegen, dennoch sind diese Eingriffe ausgleichspflichtig.

Wie in Kap. 5.3.5 und Kap. 5.3.6 näher ausgeführt, sind zur Ermittlung der Eingriffe in Naturhaushalt und Landschaftsbild, die mit Bau und Betrieb der Windenergieanlagen innerhalb des Sondergebietes verbunden sein werden, Fachgutachten im Genehmigungsverfahren zu erarbeiten. Daran schließen die Ermittlung erforderlicher Kompensationsmaßnahmen und ihre Durchführung an. Diese Maßnahmen sind ausführlich in den Antragsunterlagen zu den jeweils geplanten WEA zu beschreiben. Für die derzeit geplanten WEA sind der Artenschutzfachbeitrag und der Landschaftspflegerische Begleitplan in Anhang 1 und Anhang 2 dieser Begründung enthalten.

4 Wesentliche Abwägungsentscheidungen

In der Begründung (Kapitel 6) wird eine planerische Gesamtabwägung vorgenommen. Allgemein wird festgehalten, dass ausgleichbare Veränderungen auf die Schutzgüter Boden sowie Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt resultieren. Für die erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Landschaft durch die geplanten WEA ist ein Ersatzgeld zu zahlen. Es finden keine erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter Wasser, Klima und Luft, Mensch und menschliche Gesundheit sowie Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter statt.

Im Einzelnen wird in der planerischen Gesamtabwägung auf die Sachverhalte Bodenschutz, Notwendigkeit der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen, Hochwasserschutz, Klimaschutz, Naturschutz, Landschaftsschutz, Denkmalschutz sowie Übereinstimmung mit der Regionalplanung eingegangen.

Über die in den verschiedenen Beteiligungsschritten eingegangenen Stellungnahmen hat der Rat der Stadt Vreden anhand einer tabellarischen Darstellung der Stellungnahmen, denen jeweils Abwägungsvorschläge gegenübergestellt sind, in der Ratssitzung am 01.10.2025 beraten. In den Sitzungsunterlagen wurden insbesondere die von der Öffentlichkeit benannten Sachverhalte Erforderlichkeit der Planung, Immissionsschutz und Landschaftsschutz abgewogen.

In den Sitzungsunterlagen wird hierzu folgendes zusammenfassend ausgeführt:

Sowohl in der frühzeitigen Beteiligung als auch in der Veröffentlichung haben die Bürger in ihren Stellungnahmen auf die hohe Anzahl bereits vorhandener, genehmigter und oder im Bau befindlicher Anlagen hingewiesen, die sich im Bereich Doemern (Vreden), Hengeler-Wendfeld (Stadtlohn) und Hörsteloe (Ahaus) befinden bzw. zukünftig befinden werden. Es wird die Erforderlichkeit der Ausweisung zusätzlicher Flächen in Vreden in Frage gestellt, sowohl vor dem Hintergrund der Anlagenanzahl im betroffenen Bereich als auch in Bezug auf das Erreichen der Flächenbeitragswerte nach Windenergiebedarfsgesetz und der bereits in Vreden vorhandenen Windenergieanlagen. Hierzu ist festzuhalten, dass nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erneuerbare Energien als vorrangiger Belang in die Abwägung einzubringen sind, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist. Dies ist für das Jahr 2045 vorgesehen. Die Flächenbeitragswerte, mit denen das „2 %-Ziel“ (2 % der Landesfläche als Flächen für die Windenergie) erreicht werden soll, zielen dagegen auf das Jahr 2032 ab. Dies zeigt bereits, dass den erneuerbaren Energien für eine Zeitspanne ein Vorrang einzuräumen ist, der über das Erreichen der Flächenbeitragswerte hinausgeht. Im Münsterland ist mit Rechtskraft des geänderten Regionalplans im April 2025 festgestellt worden, dass die Flächenbeitragswerte erreicht sind. Dies hat Auswirkungen auf einen ungeplanten und ungesteuerten Ausbau von Windenergieanlagen, die nun nicht mehr als im Außenbereich privilegierte Anlagen zu behandeln sind. Die planerische Steuerung wird hierdurch gestärkt. Neben den seit April 2025 im Regionalplan dargestellten Windenergiegebieten können zusätzliche Windenergiegebiete ausgewiesen werden. Dies ist in § 249 Abs. 4 BauGB ausdrücklich geregelt und entspricht der Herangehensweise des planerisch gesteuerten Ausbaus. Hiervon macht die Stadt Vreden Gebrauch, da ein Ausbau der Windenergie in den bereits ausgewiesenen Gebieten in Vreden – mit Ausnahme von Repowering – zurzeit nicht möglich ist. Die Stadt Vreden als ländliche Kommune sieht sich aber in der Pflicht, grundsätzlich einen höheren Beitrag zur Erzeugung erneuerbarer Energien zu leisten als andere Räume und somit auch eine Versorgungsfunktion zu übernehmen.

Kritisiert wird des Weiteren die Flächenausweisung in einem Landschaftsschutzgebiet. Hierzu ist zu sagen, dass in der Begründung inkl. Umweltbericht ausführlich auf das Landschaftsschutzgebiet eingegangen wird und die von der Planung berührten Belange umfassend abgewogen werden. Im Ergebnis wird festgestellt, dass die Schutzziele für das Landschaftsschutzgebiet nicht beeinträchtigt sind und dem öffentlichen Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energie in diesem Fall ein höheres Gewicht beigemessen wird als dem öffentlichen Interesse des Landschaftsschutzes. Die Untere Naturschutzbehörde hat zudem in ihrer Stellungnahme auf die bestehende Vorbelastung durch vorhandene Windenergieanlagen hingewiesen und der Planung nicht widersprochen. Die Hinweise zu Lärmimmissionen zielen weniger auf die Ebene der Flächennutzungsplanung als auf die der konkretisierenden Bauleitplanung bzw. der Vorhabenzulassung ab, werden in der Abwägungstabelle aber gleichlautend zur Abwägung im Verfahren zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 56 behandelt. Im Ergebnis entspricht die Beurteilung der mit der konkreten Planung verbundenen Lärmimmissionen den maßgeblichen Regelwerken und der Handhabung im Genehmigungsverfahren.

Zu Details sowie zu anderen in die Abwägung eingestellten Belangen wird auf die Begründung zur 1. Änderung des Sachlichen Teilflächennutzungsplans Windenergie sowie die Abwägungstabellen verwiesen, die Anlage zum Beschluss sind.

5 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Vor dem Hintergrund des Ausbaus der erneuerbaren Energien – hier Windenergie – kommen keine anderen Planungsmöglichkeiten in Betracht.

Vreden, den

Der Bürgermeister
Im Auftrag

gez.

Niestegge